

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Hans Matthöfer MdB, Bundesminister der Finanzen, spricht sich gegen Eingriffe in den freien Kapitalverkehr aus. Seite 1/2

Annemarie Renger MdB, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, nennt die Zwangsverpflichtung von Asylanten in Berlin beleidigend. Seite 3

Egon Lutz MdB erinnert an die Massenverhaftungen der Nürnberger Staatsanwaltschaft vor einem Jahr: Ein Skandal ohne Ende. Seite 4/5

Peter Conradi MdB, Stellvertretender Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, würdigt Initiativen zur Verbesserung des Angebotes von Bauland. Seite 6/7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 812-1

37. Jahrgang / 42

3. März 1982

Es bleibt beim freien Kapitalverkehr

Nur über bessere Leistungen unserer Volkswirtschaft können wir uns von den hohen Auslandszinsen abkoppeln

Von Hans Matthöfer MdB
Bundesminister der Finanzen

In den letzten Tagen sind hier und da Vermutungen laut geworden, die Bundesrepublik könnte sich vom freien Kapitalverkehr abwenden, um sich gegenüber den hohen Zinsen im Ausland abzuschirmen. Nichts wäre falscher als das.

Die hohen Zinsen in den USA strahlen zwar nach wie vor auf alle internationalen Finanzmärkte aus. Sie zwingen uns dazu, unsere Zinsen höher zu halten, als es aus binnenwirtschaftlichen Gründen wünschenswert wäre, weil anderenfalls noch stärkere Kapitalbewegungen zum Dollar hin zu befürchten wären.

Wir sind aber - zusammen mit unseren europäischen Partnerländern - bestrebt, die Auswirkungen der amerikanischen Zinspolitik auf unsere eigenen Volkswirtschaften zu mildern. Dies war auch ein wichtiges Thema der Gespräche, die ich in der vergangenen Woche mit meinem französischen Kollegen Jacques Delors geführt habe.

Verwendet Uppena
mit normaler Kopierart
Regelmäßig



Unsere Bemühungen vollziehen sich auf mehreren Ebenen:

- Seit längerer Zeit schon weisen wir unsere amerikanischen Partner immer wieder auf die Wirkungen ihrer Kredit- und Haushaltspolitik auf die Weltwirtschaft hin. Wir werden auch weiterhin nicht müde werden, dies zu tun und sie daran zu erinnern, daß die USA eine größere Verantwortung für die Weltwirtschaft haben als andere, und daß wirtschaftliches Wohlergehen eine der Grundvoraussetzungen auch für die politische Stabilität ist.
- Wir können aber auch selbst dazu beitragen, uns von der Zinsentwicklung in den USA unabhängiger zu machen: Durch Festigung und Erhaltung unserer monetären Stabilität ebenso wie durch eine weitere Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Die Operation '82 hat hierfür wichtige Voraussetzungen geschaffen, und mit ihrer Gemeinschaftsinitiative setzt die Bundesregierung diesen Kurs der Förderung von Investitionen und Innovationen fort. Den bedeutendsten Beitrag können wir jedoch durch weitere nachhaltige Einsparungen bei unseren Importen, insbesondere von Öl und Gas, leisten und damit durch die Rückgewinnung des Gleichgewichts in unserer Leistungsbilanz. Je besser uns dies gelingt, um so unabhängiger werden wir von Kapitalimporten, um so unabhängiger werden wir auch von den Zinsen im Ausland.

Auf dem Weg zu einer wieder größeren wirtschaftspolitischen Unabhängigkeit sind wir bereits ein gutes Stück vorangekommen. Im vergangenen Sommer betrug der Zinsabstand gegenüber den USA für langfristiges Kapital rund zwei Prozentpunkte. Gegenwärtig ist dieser Abstand mit über vier Prozentpunkten mehr als doppelt so groß. Diese größere zinspolitische Unabhängigkeit verdanken wir vor allem der Verbesserung unserer Leistungsbilanz. Inländische und ausländische Anleger haben wieder wachsendes Vertrauen zur DM; sie sind offensichtlich bereit, sich mit einer niedrigeren Verzinsung von DM-Anlagen zu begnügen, weil sie auf mittlere Sicht einen Kursanstieg der DM erwarten. Diese Erwartung gilt es zu stärken und auszubauen.

Schon aus diesem Grunde wäre es sehr kurzsichtig, zu Eingriffen in den freien Kapitalverkehr Zuflucht zu nehmen. Die Freiheit des Handels- und Kapitalverkehrs hat uns und der ganzen Weltwirtschaft - trotz gelegentlicher Unbequemlichkeiten - großen Nutzen gebracht. Wir werden diese Vorteile nicht leichtfertig aufs Spiel setzen. Der Weg zur Überwindung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten führt nur über eine Stärkung unserer Leistungsfähigkeit, nicht über Restriktionen.

(-/3.3.1982/vo-he/va)



Der Berliner Senat geht in die falsche Richtung

Eine beleidigende Entscheidung gegenüber Asylanten

Von Annemarie Renger MdB

Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Ab Montag dieser Woche kehren in Berlin Asylbewerber 14 Tage lang täglich vier Stunden bei einem Stundenlohn von 1,25 DM Granulat von den Straßen.

Freiwillig wollte zu dieser als diskriminierend empfundenen Zwangsdienstleistung kein Asylbewerber kommen. Auch am Montag erschienen von 200 Dienstverpflichteten nur 99. Nur die Drohung mit dem Entzug eines Teils der Sozialhilfe zwingt die Asylbewerber zu ihrem Einsatz. Die Entscheidung des Berliner Senats ist beleidigend. Nicht die Arbeit selbst ist diskriminierend, sondern der Vorgang, daß den Asylbewerbern einerseits durch das Ausländergesetz die Aufnahme eines normalen Arbeitsverhältnisses während der ersten zwei Jahre ihres Asylverfahrens untersagt wird, aber andererseits durch eine Zwangsordnung ihre Arbeitskraft ausgebeutet wird.

So steht denn auch die juristische Begründung des Senats auf wackeligen Beinen. Das Bundesozialhilfegesetz sieht den Arbeitseinsatz nur für Hilfesuchende vor, die keine Arbeit finden können, aber wohl nicht für solche, die von Gesetzes wegen nicht arbeiten dürfen. Das Düsseldorfer Verwaltungsgericht hat in ähnlich gelagerten Fällen festgestellt, daß Asylbewerbern Sozialhilfe in voller Höhe auch ohne Verrichtung gemeinnütziger Arbeit zusteht. Der Berliner Senat betont, daß er die Teilnehmer an der Kehraktion ohne Ansehen der Person ausgesucht hat. Bei deutschen Arbeitslosen wird die Zumutbarkeit von unterschiedsloser Arbeitsaufnahme heftig diskutiert, aber bei einem Asylbewerber soll es zumutbar sein, daß der Professor neben demjenigen, der aus religiösen Gründen bestimmte Arbeit nicht übernehmen will, die Straße kehren muß. Das Kastenwesen ist für das Problem der Zumutbarkeit nur ein Beispiel und wie problematisch die Umstände sein können, zeigt der Bericht des Spiegel vom 5. Januar 1981 über die Arbeitsverpflichtung zum Straßenkehren von zwei Spezialisten für Klimaanlage, die sich gegen eine Arbeit wehrten, die in Indien nur die "Unberührbaren" tun.

Die Bundesregierung hat durch ein Bündel von Maßnahmen Mißbräuche des Asylrechts eingeschränkt. Gegenüber 1980 sank 1981 die Zahl der Asylbewerber auf 50 Prozent. Das wahre Problem liegt in der Länge des Asylverfahrens. Mit den Gesetzen zur Beschleunigung des Asylverfahrens von 1978 und 1980 hat die Bundesregierung hier beachtliche Verbesserungen geschaffen.

Dem Berliner Senat und solchen Landesregierungen, die diesem Beispiel folgen wollen, muß man die Frage stellen, wie das wohl unsere Emigranten empfunden hätten, die aus der NS-Diktatur geflüchtet sind. Nicht zuletzt aus diesen Erfahrungen haben wir im Grundgesetz politischen Flüchtlingen Asyl zugesichert und ein menschenwürdiges Asylrecht geschaffen.
(-/3.3.1982/bgy/va)

+ + +



Selbstgerecht und verkommen

Ein Jahr Massenverhaftungen in Nürnberg

Von Egon Lutz MdB

Nürnberg begeht in dieser Woche einen Jahrestag besonderer Art: Wir blicken im Zorn auf die Massenverhaftung vom 5./6. März 1981 zurück. Da ist die Frage schon berechtigt, was denn der Freistaat Bayern seitdem alles getan habe, um die Unschuldigen zu rehabilitieren, den Schuldigen das Verfahren zu machen, den Vorwurf der Beweismittelunterdrückung durch die Anklagebehörde aufzuheben, die Aktivitäten der Fließbandrichter abschließend zu würdigen und Lehren für den künftigen Umgang des Staates mit aufbegehrenden Bürgern zu ziehen.

Um es vorweg zu sagen: Eine auch nur oberflächliche Zwischenbilanz muß verheerend ausfallen. Sie bringt so niederschmetternde Ergebnisse, daß jetzt schon die Bemerkung erlaubt ist, die Staatsgewalt in Bayern ist noch viel verkommener als die schärfsten Kritiker am 6. März annehmen konnten. Ein paar Beispiele sollen das illustrieren.

Da ist ein amtlicher Märchenerzähler in Gestalt des Nürnberger Polizeipräsidenten, der bis heute noch mit keinem Wort seine damalige Beschuldigung relativiert hat, sämtliche 141 Verhafteten des 5./6. März seien Teilnehmer der "gewalttätigen" Demonstration gewesen und hätten deshalb festgenommen werden müssen. Schlimmer noch: da ist von den Polizeibehörden eine junge Mutter in öffentlichen Veranstaltungen als Hure verleumdet worden - selbst der Bundestagspräsident ist dieser Ungeheuerlichkeit aufgesessen - und nichts geschah. Kein Wort der Entschuldigung, kein Disziplinarverfahren gegen die amtlichen Verleumder. Trotziges Schweigen - die Besudelung der Ehre einer Frau bleibt.

Fünf Minuten, kaum mehr, brauchten die Fließbandrichter am 6. März, um unschuldige junge Menschen gleich dutzendweise in Untersuchungshaft zu werfen und diese Maßnahme für mindestens fünf Tage, meist aber zwei Wochen, aufrechtzuerhalten. Seit nunmehr einem Jahr warten die Unschuldigen auf eine Entschädigung für die erlittene Unbill. Man entblödet sich nicht, Arbeitsüberlastung für diese skandalöse Verschleppung anzuführen.



Keiner der Untersuchungsrichter von damals hat auch nur in einem Halbsatz Bedauern über seinen Eifer erkennen lassen. Im Gegenteil, der Justizsprecher, der den Nürnberger Rechtsskandal auch dann noch rechtfertigte, als die Beweismittel-Unterdrückung gerichtsbekannt wurde, wurde befördert. Der Leitende Staatsanwalt der Massenverhaftung auch. Keiner der Staatsanwälte, denen die Beweismittel (und zwar durchaus passende) abhanden kamen, hat bisher dienstlich dafür gerade stehen müssen. Gegen sie erhobene Strafanzeigen werden zwar von der benachbarten Staatsanwaltschaft Ansbach "geprüft"; man rechnet aber fest damit, daß die pro forma eingeleiteten Verfahren in absehbarer Zeit eingestellt werden.

Als der Beweismittel-Skandal nicht mehr zu vertuschen war, wurde den Nürnberger Staatsanwälten die Anklage aus der Hand genommen und das Verfahren an Regensburger Staatsanwälte abgegeben. Das aber kann die Demonstranten nicht hoffen machen. Verurteilt wird man wohl müssen, nur etwas rechtsstaatlich korrekter, heißt es deshalb bedauernd in informierten Kreisen. Weil nicht sein darf, daß der Freistaat eine Rechtsbeugung zugibt. Weil man glaubt, den sehr vorlauten und falsch informierenden Justizminister nicht im Regen stehen lassen zu dürfen.

Umso eiliger ging man gegen eine Richterin vor, die sich öffentlich gegen das Verhalten ihrer Nürnberger Kollegen wandte. Sie erhielt eine dienstliche Rüge. Nürnbergs Kulturreferent Dr. Hermann Glaser, der für den Rechtsstaat und gegen das staatliche Übermaß an Gewalt eintrat, bleibt das bevorzugte Maßobjekt der Staatspartei und Strauß selbst will ein Maulkorbgesetz durchpeitschen, das Wahlbeamten politische Stellungnahmen verbietet. Man kann sich im Grunde gar nicht ausdenken, was den Konservativen im Lande noch alles einfällt, um die Nürnberger Rechtsbrüche auch weiterhin zu rechtfertigen und vor öffentlicher Kritik zu schützen.

Maßregelungen der Kritiker, Maulkorberlasse, geifernde Rechtfertigungstraden beamteter Sprecher, Meinungsunterdrückung im Fernsehen - da gibt es nichts, was nicht versucht würde, den Skandal vom 5. und 6. März 1981 zu vertuschen. Es ist eine fast hoffnungslose Aufgabe der SPD-Landtagsabgeordneten, immer neue Rechtsverletzungen aufzudecken und anzuprangern. Auf die Mithilfe der Staatsregierung kann sie dabei nicht rechnen. Daß die CSU-Fraktion ihr rechtsstaatliches Gewissen längst an der Landtagsgarderobe abgegeben hat und nicht mehr benötigt, sei am Rande angemerkt. Der Rechtsstaat hat in Bayern nur eine minimale Chance, sich durchzusetzen. Nicht von Regierungsseite her - allenfalls noch über die unabhängigen Gerichte. Aber diese Chance ist so hauchdünn, daß man tunlichst darauf keine Wetten eingehen sollte.

Es bleibt dabei: die Staatsgewalt spiegelt getreulich die geistige Verfassung jener wider, die sie innehaben. Sie ist so selbstgerecht und so verkommen wie der Mann, der eigentlich, an der Spitze des Freistaates stehend, Freiheit und Menschenwürde der bayerischen Bürger zu verteidigen hätte. (-/3.3.1982/vo-he/va)

+

+

+



Kommunalsozialismus

Das "lobenswerte Kleinvieh" der Union

Von Peter Conradi MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau des Bundestages

Im Regierungsbezirk Freiburg herrscht Unruhe. In einigen Gemeinden Südbadens sei der "Kommunalsozialismus" ausgebrochen, so hört man, und das mit Billigung des Regierungspräsidenten und der CDU. Was ist geschehen?

Der Regierungspräsident (CDU) ermunterte die Bürgermeister zu einem Verfahren, "das eine Vergabe von baureifem Bauland nicht über den privaten Markt mit all seinen strukturpolitisch bedenklichen Konsequenzen, sondern über die Gemeinde eröffnet". Ausgangspunkt dieses Vorschlags ist das "große Ärgernis", daß einige Grundstücksbesitzer über Nacht zu großem Reichtum kommen, weil der Gemeinderat ihre sauren Wiesen zu Bauland gemacht hat, während der normale Bürger bei den explodierenden Baulandpreisen seinen Wunsch, sich und seiner Familie ein Haus zu bauen, begraben muß.

Die Gemeinden kaufen unbeplantes Ackerland zu einem fairen Preis, machen in ihrer Planungshoheit dieses Land zu Bauland und vergeben die neuen Baugrundstücke nach einem sozialen Vergabekatalog zu einem Preis, der sich aus dem Kaufpreis, den Kreditkosten und den Planungskosten errechnet. Kinderreiche Familien und Ortsansässige werden bevorzugt. Rückkaufklauseln schließen aus, daß die Grundstücke nicht bebaut oder mit Gewinn weiterverkauft werden. Die Preise liegen um 30 bis 50 Prozent unter den Marktpreisen.

Dieses Modell funktioniert nur, wenn die Gemeinde den Grundbesitzern unmißverständlich klarmacht, daß sie nur dort Bauland ausweisen wird, wo sie selbst Grundeigentümer ist. Den Grundbesitzern, die darauf spekulieren, daß ihre Grundstücke doch irgendwann einmal Bauland werden und den großen Reichtum erbringen, muß durch das Verhalten der Gemeinde über jeden Zweifel hinaus klargemacht werden, daß ihre Rechnung nicht aufgeht.



Das erfordert Stehvermögen, auch gegen die mächtigen Grundbesitzer in der Gemeinde, gegen Baugesellschaften, gegen Makler und Händler, gegen alle, die am knappen Boden leichtes Geld verdienen wollen.

Die Gemeinde wird also zum Zwischeneigentümer des Baulandes und kann so für erträgliche Baulandpreise und eine gerechtere Verteilung sorgen. Sie kann darüber hinaus durch ihre Planungshoheit für eine boden- und energiesparende Bebauung sorgen, und damit der Zersiedlung und der Energieverschwendung entgegenwirken.

Das klingt alles vernünftig und ist es auch. Vor über zehn Jahren haben die Jungsozialisten das unter dem Begriff "Kommunalisierung" gefordert. Die SPD hat mit ihren Vorstellungen eines erweiterten Erbbaurechts mit einem verstärkten Verfügungsrecht der Gemeinde über die Grundstücke in der gleichen Richtung gedacht. Wenn nun die CDU in Südbaden diese Art von "Kommunalsozialismus" praktiziert, sollten wir sie dafür loben und unsere sozialdemokratischen Kommunalpolitiker ermuntern, ein Gleiches zu tun. Die Hoffnung allerdings, daß die Einsicht der christdemokratischen Kommunalpolitiker sich nach oben durchsetzt, ist gering. CDU und CSU sperren sich nach wie vor gegen alle Versuche, die Boden-Spekulation einzuschränken und den Bauwilligen zu preiswertem Bauland zu verhelfen. Der CDU aber ist der Absatz 2 des Artikels 14 unserer Verfassung "Eigentum verpflichtet, sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen" nach wie vor unbekannt.

(-/3.3.1982/vo-he/va)

+ + +

